

Rede der Wählervereinigung Frauen in den Kreistag zum Haushalt 2018
Sehr geehrter Herr Landrat, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrte Vertreterinnen der Presse,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

die Vorredner haben die allgemeine Situation im Landkreis ausreichend beleuchtet. Sodass wir uns diesen Aspekt sparen.

Zum Haushalt:

Der Landkreis Freudenstadt will großzügig in Infrastruktur investieren. Die Kreisstraßen sollen auf Vordermann gebracht und schnelles Internet zu jeder Kreiskommune verlegt werden. Das sind wichtige Investitionen. Insbesondere der Breitbandausbau liegt uns, als modernen Frauen, am Herzen. Nächstes Jahr soll es losgehen. 3,45 Millionen Euro sind vorgesehen. Dieses Geld ist mit Sicherheit gut investiert und es bleibt zu hoffen, dass die angeschlossenen Kommunen das schnelle Internet auch wirklich sehr schnell in die Haushalte bringen. Nur dann profitieren unsere Bürgerinnen und Bürger von dieser hohen Investition.

Investitionen in Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft. Hoch bauen und tief graben ist aber nur die halbe Miete. Für eine wirklich gute Zukunft ist Chancengleichheit unverzichtbar. Denn sie ist der Motor für eine prosperierende Gesellschaft und Garant für gesellschaftlichen Frieden.

Unter Chancengleichheit, um das gleich zu erklären bevor hier wieder jemand hyperventiliert, ist bei weitem nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verstehen. Chancengleichheit bedeutet, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landkreises, Junge und Alte, Arme und Reiche, Männer und Frauen ungeachtet ihrer beruflichen Bildung, gesellschaftlichen Stellung, Herkunft und Religion den gleichen Zugang zu Lebenschancen haben müssen.

Dass uns, der Frauenliste und unseren Unterstützerinnen, die Gleichstellung von Frauen und Männern besonders wichtig ist, liegt auf der Hand.

Unser erster Antrag zum Haushalt 2018 gilt deshalb auch der Chancengleichheit, genauer dem Budget der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises. Durch das neue Chancengleichheitsgesetz des Landes musste der Landkreis diese Stelle schaffen. Dass es nur eine halbe Stelle wurde, dokumentiert die Halbherzigkeit dieses Gremiums, wenn es um Gleichstellung geht. Nun ist Frau Schübel im Amt, darüber freuen wir uns und wünschen ihr viel Erfolg bei dieser wichtigen Aufgabe.

Gleichstellung ist ein wichtiges Instrument gegen den Fachkräftemangel und damit Garant für wirtschaftliches Wachstum. Daran dürfte uns allen gelegen sein. Der Fachkräftemangel kann nur im Zusammenspiel aller Kräfte im Landkreis gestemmt werden. Unternehmen, Politik, Kontaktstelle Frau und Beruf, Arbeitsagentur, IHK und eben auch die Gleichstellungsbeauftragte wirken daran mit. Ziel muss es sein, gut ausgebildete und hoch qualifizierte Frauen, die nach der Familienzeit nicht mehr in ihren Beruf zurückfinden und deshalb in Minijobs und Teilzeit landen, zu reaktivieren. Nicht die Suche im Ausland sondern die Suche vor der eigenen Haustüre ist vielversprechend für die Fachkräftegewinnung.

Die Gleichstellungsbeauftragte kann dabei alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Wir denken zum Beispiel an eine Vortragsreihe zur Fachkräftesicherung im Landkreis mit guten Referentinnen. Oder auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen, Veranstaltungen mit denen Menschen aus dem Landkreis, insbesondere Frauen für politische Ämter begeistert werden können. Auch daran muss allen Parteien und Wählervereinigungen gelegen sein. Für diese Arbeit braucht Frau Schübel eine solide finanzielle Ausstattung. Mit einem Budget von 5000 Euro wird sie nicht weit kommen.

Wir fordern daher, die Stelle zum Start mit einem Budget von 7500 € auszustatten.

Fachkräftegewinnung ist auch im Bereich der Gesundheitspflege überaus notwendig. Im Juni musste unser Kreissaal nachts vorübergehend geschlossen werden, weil im Landkreis Hebammennotstand herrschte. Das war eine Zumutung für werdende Eltern. Und das darf so nicht mehr vorkommen.

Wir fordern daher, dass der Landkreis ein Förderstipendium für Hebammenschülerinnen auflegt. Es soll ähnlich ausgestaltet sein, wie die Studienbeihilfe des Landkreises für Medizinstudierende, aber angepasst an die Ausbildung der Hebammen. Was beim medizinischen Nachwuchs funktioniert, wird auch bei den Hebammen ein Erfolgsmodell sein.

Bei der Klausurtagung haben wir erfahren, was es bedeutet, wenn Familien abgehängt sind. Wenn sie erschöpft sind, nicht Schritt halten können und keine Chance haben, den Armutsverhältnissen zu entkommen. Der Vortrag von Herrn Professor Lutz hat uns bestätigt, es war richtig und wichtig, dass sich der Kreistag mit dem Thema Armut beschäftigt hat. Es kann uns nicht zufrieden stellen, dass wir ein starkes Wirtschaftswachstum haben, die Arbeitslosigkeit sinkt, aber gleichzeitig die Armut steigt. Über 800 Kinder in unserem Landkreis wachsen in Armut auf. Für sie gibt es keine Chancengleichheit. Das müssen wir verbessern. Es kann nicht sein, dass wir die Armut nur verwalten. Das Angebot von Frau Orzschig, gemeinsam mit dem Kreistag Tätigkeitsfelder zu identifizieren und zu diskutieren, nehmen wir gerne an.

Wenn wir insbesondere die Armut von Kindern nicht bekämpfen, holt sie uns kostenmäßig später bei den Sozialleistungen mit einem Vielfachen wieder ein.

Um den Sozialhaushalt generell zu entlasten, stellen wir folgenden Antrag.

Die Verwaltung soll alle Tätigkeitsfelder im Sozialhaushalt dahingehend untersuchen, ob eine Auslagerung gesetzlich erlaubt, sinnvoll und kostengünstig vorgenommen werden kann. Das Ergebnis soll im Kreistag dargelegt werden. Wir erhoffen uns dadurch eine Arbeitsentlastung des sozialen Bereiches für die Mitarbeiter aber natürlich auch in finanzieller Hinsicht. Wichtig ist uns dabei, eine Auslagerung nur dann vorzunehmen, wenn ein geeigneter Partner vorhanden ist, der die Aufgaben übernimmt. Als Beispiel könnten wir uns die Schuldnerberatung vorstellen, die in Teilbereichen schon von der diakonischen Bezirksstelle übernommen wird. Hier gibt es schon Schnittstellen und Vernetzungen. Es ist deshalb eine Überlegung wert, diese Aufgabe ganz abzugeben. Die Qualität würde dadurch nicht geschmälert und wir können sicher sein, dass die Bezahlung der Mitarbeiter gleichwertig ist.

Wenn wir schon beim Thema Armut sind. Niedriglöhne begünstigen Armut. Spätestens im Alter und dann ganz häufig bei Frauen. Viele Tageseltern, und das sind mehrheitlich Frauen, arbeiten unter Mindestlohniveau. Sie gelten als Selbstständige, können ihr Einkommen aber nicht selbst gestalten. Wir speisen sie für ihre wichtige Arbeit mit einem Hungerlohn ab.

Für die Frauenliste ist die Betreuung durch Tageseltern als Alternative zur Betreuung in Institutionen ein unverzichtbares Angebot. Tagesmütter und Tagesväter haben aber das Recht auf eine anständige Bezahlung. Die Erhöhung, die eben mehrheitlich beschlossen wurde, wird uns als Erfolg verkauft, weil sie über dem von Kirchen und kommunalen Landesverbänden empfohlenen Richtwert liegt. In Wahrheit ist das ein Armutszeugnis. 6 Euro je Stunde und Kind bedeutet nach Abzug des Sachaufwands lediglich einen Stundenlohn von 4,26 Euro. Der Tageselternverein sucht dringend Tageseltern. Lange Wartelisten werden geführt. Würden Tageseltern anständig bezahlt, fände man auch mehr Interessenten, die diese Betreuungsleistung, vor allem auch in den Randzeiten anbieten wollen. Auch dies wäre ein Beitrag zur Aktivierung der stillen Reserve und gegen den Facharbeiterinnenmangel. Denn Frauen können nur dann in den Beruf zurückkehren, wenn sie ein gutes und verlässliches Betreuungsangebot für ihre Kinder vorfinden.

Deshalb geht unsere Forderung noch über die moderate Forderung des Tageselternvereins hinaus. Wir fordern in Anlehnung an den Landesverband der Tageseltern eine Erhöhung der laufenden Geldleistungen pro Stunde und Kind auf 7,50 Euro bis 2020.

Die Kommunen des Landkreises sparen auf dem Rücken der Tageseltern hohe Investitionen für den Bau von Kindergärten. Leider verstehen sie die Tageseltern als günstigere und flexiblere Variante der Kinderbetreuung. Das tut nun auch der Landkreis selbst, indem er für seine Mitarbeiter einen TigeR (Tagespflege in anderen geeigneten Räumen) einrichtet. Das finden wir so nicht in Ordnung. Gerade der Landkreis hat hier eine Vorbildfunktion zu übernehmen. In der Konsequenz heißt das, für die Mitarbeiter Geld in die Hand nehmen und einen Kindergarten anbieten, der allen gerecht wird und Vorbildcharakter hat. Das könnte auch in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus geschehen und somit auch zur Fachkräftesicherung sowohl im Landratsamt als auch im Krankenhaus sorgen.

Wir beantragen daher den geplanten TigeR auf Eis zu legen und sich in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus zu überlegen, in wie weit hier ein gemeinsamer Kindergarten für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschultert werden kann.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem Naturschutz. Wir wollten bereits vergangenes Jahr eine Aktion starten, die die Blütenvielfalt im Landkreis zugunsten der Insekten erhöht hätte. Der Kreistag hat unseren Antrag damals abgelehnt und die Aufgabe an die Kommunen verwiesen. So furchtbar viel ist in den Kommunen diesbezüglich leider nicht passiert. Dass das Insektensterben bedrohliche Ausmaße annimmt, belegen wissenschaftliche

Langzeitbeobachtungen. Demnach ist die Zahl der Insekten an den untersuchten Standorten zurückgegangen, teilweise um bis zu 80%. Gibt es weniger Insekten, finden unsere heimischen Vögel weniger Futter und unsere Wildpflanzen können sich mangels Bestäubung nicht mehr verbreiten.

Das sind alarmierende Anzeichen. Wir müssen Insekten ein Umfeld zu bieten, das ihren Lebensraum schützt. Der Landkreis soll mit gutem Beispiel vorangehen und auf landkreiseigenen Grundstücken Wildblumenwiesen anlegen. Die Verwaltung möge dazu ein Konzept erarbeiten. Außerdem muss die Böschungsbewirtschaftung an Straßen so vorgenommen werden, dass sie die Ansiedlung von Wildblumen als wichtigen Lebensraum von Insekten nicht verhindert, sondern begünstigt. Wir beantragen, dass uns die Verwaltung über die aktuelle Art und Weise der Pflege der Straßenböschungen informiert. Sie soll Spielräume in der Bewirtschaftung aufzeigen, die die Ansiedlung von Wildblumen als Lebensraum von Insekten fördern.

Die Frauenliste hat sich Transparenz und Bürgernähe von Anfang an auf die Fahne geschrieben. Wir vermissen dies bei unserer Tätigkeit im Kreistag sehr. Einer unserer ersten Anträge im Kreistag hat die Bereitstellung der Sitzungsunterlagen auf der Homepage des Landkreises gefordert. Bis heute ist nichts geschehen. Von den 7 Landkreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe hat nur der Landkreis Freudenstadt kein Ratsinformationssystem und das obwohl die Landkreisordnung dies in Paragraph 36 a vorschreibt. Es besteht also dringender Nachholbedarf.

Ein Kreistagsinformationssystem ist nicht nur zeitgemäß, sondern würde zudem die politische Arbeit des Kreistags erleichtern. Wir beantragen die Auskunft darüber wie und wann dieses Gesetz endlich umgesetzt werden wird.

Was wir im Kreistag ebenfalls vermissen, ist der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. So haben wir uns sehr darüber gefreut, dass eine Klasse der Luise-Büchner-Schule kürzlich zu einer Kreistagsitzung gekommen ist. Wir hoffen, dass weitere Klassen dem Beispiel folgen werden. Die Rückmeldungen waren positiv. Kritisiert wurde aber das Verhalten einiger Sitzungsteilnehmer. Eine Schülerin gab folgendes Feedback: „Wir dürfen im Unterricht keine Handys benutzen, nebenher Zeitung lesen oder uns unterhalten, während der Lehrer etwas erklärt.“ Diese Beobachtung sollte uns zu denken geben.

Die Außenwirkung unserer Sitzungen muss uns wichtig sein, wenn man uns ernst nehmen soll, wenn wir Bürgerinnen und Bürger für Kreispolitik interessieren und mit ihnen in Kontakt kommen wollen. Mit einer Bürgerfragestunde im Kreistag wäre das möglich. Was für die Kommunen gut ist, ist auch für den Kreistag gut. Deshalb stellen wir den Antrag, solch eine Bürgerfragestunde vor jeder öffentlichen Kreistagssitzung anzubieten. Die Erfahrung in den Kommunen zeigt, dass dieses Angebot nicht über Gebühr genutzt wird. Eine Verlängerung der Sitzungen ist dadurch eher nicht zu befürchten: Aber sie bietet unseren Kreisbürgerinnen und -bürgern die Möglichkeit direkt mit uns in Kontakt zu treten.

Für die Frauenliste war es ein erfolgreiches Jahr. Es war angefüllt mit vielen guten Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen, die unsere politische Arbeit würdigen. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, dass einige Kolleginnen und Kollegen ihre politische Arbeit höher einschätzen als die unsrige. Uns wurde der Fraktionsstatus verwehrt und damit der Zugang zu Informationen erschwert. Auch eine ebenbürtige finanzielle Ausstattung wurde uns von der Mehrheit des Kreistags verweigert. Offensichtlich ist man hier der Meinung, dass man erst ab drei Personen gute politische Arbeit machen kann. Bei Männern mag das ja so sein, ich kann ihnen aber versichern, dass wir Frauen das auch schon sehr gut zu zweit hinbekommen.

Sie haben uns bei der Aufwandsentschädigung schlechter gestellt, und in großväterlicher Manier empfohlen, dass wir Frauen doch besser zuhause bleiben und uns telefonisch abstimmen sollten.

Gute Idee, Herr Bischoff. Die greifen wir gerne auf – aber dann bitte für alle. Wir beantragen, dass die Entschädigung für die Fraktionssitzungen ganz abgeschafft wird. Stattdessen können die Fraktionen und Wählervereinigungen Telefon- oder Skypekonferenzen abhalten. Eine übliche Methode in modernen Unternehmen, für Mitarbeiter an unterschiedlichen Standorten. Und eine gute Methode, die den Landkreis nichts kostet. Wenn sie nicht wissen wie das geht, helfen wir gerne weiter.

Noch nie wurde in diesem Gremium so hitzig über eine Geldsumme diskutiert. Es wäre um maximal 1000 Euro gegangen. Millionenbeträge verabschiedet dieses Gremium sonst ziemlich locker, ganz ohne Aufregung. Es ging also gar nicht um Geld. Es ging vielmehr darum, uns klein zu halten. Wirklich beeindruckt haben sie uns damit nicht. An unserer politischen Arbeit wird sich wegen dieser Machtspielchen nichts ändern.

Sie haben aber nicht nur die Arbeitsatmosphäre dieses Gremiums beschädigt. Sie haben den Kreistag zum Gespött der Bevölkerung gemacht. Lächerlicher kann man nicht rüberkommen. Dieser Imageschaden geht auf Ihre Kappe.

Von Seiten der Fraktionssprecher und vom Landrat selbst wird uns zudem immer wieder versichert, dass in der Elefantenrunde – also in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung - nichts so Geheimes und Wichtiges verhandelt wird, wie wir immer gedacht haben. Wir glauben das zwischenzeitlich auch, denn sonst hätten Sie uns, lieber Herr Dr. Rückert, ja sicherlich - wie von Ihnen zugesagt - über die Ergebnisse unterrichtet. Im vergangenen halben Jahr gab es drei Fraktionsvorsitzendenbesprechungen. Aber Sie haben uns nie danach angerufen. Logischerweise ist dann also nichts Wichtiges besprochen worden und man kann sich diese Vorbesprechungen auch sparen. Deshalb beantragen wir, die Fraktionsvorsitzendenbesprechung ganz zu streichen. Die wichtigen Dinge können dann jeweils im nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzung besprochen werden. Das hätte den Vorteil, dass alle, wirklich alle Kreistagsmitglieder, informiert würden. Denn hinter vorgehaltener Hand haben wir von anderen Kreistagsmitgliedern erfahren, dass auch sie nicht immer alles aus der Elefantenrunde wissen. Der große Vorteil wäre, dass es dann keine Kreisräte erste und zweite Klasse mehr geben würde. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen, die es ehrlich mit uns meinen, die uns aus Respekt vor einem zeitaufwändigen Ehrenamt unterstützt haben, selbst dann, wenn wir politisch verschiedener Auffassung waren.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung vielen Dank für die freundliche und fachliche Unterstützung bei allen Nachfragen. Allen Anwesenden wünschen wir frohe Festtage und ein gutes neues Jahr 2018.